

Stellungnahme des BVMW zu den Szenariorahmen der Bundesnetzagentur

Kernforderungen des Mittelstands

- **Versorgungssicherheit garantieren**
- **Realistische Planungen beim Wasserstoffnetz**

Allgemeines

Die Szenariorahmen der Bundesnetzagentur für die Strom- und Gasnetzplanung 2037/2045 haben eine zentrale Rolle für die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland. Sie sollen sicherstellen, dass das Stromnetz auch unter veränderten Bedingungen, wie dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem zunehmenden Bedarf an grünen Energieträgern wie Wasserstoff, zuverlässig bleibt. Aus Sicht des Mittelstands existieren einige kritische Punkte, insbesondere in Bezug auf die Versorgungssicherheit und die Realitätsnähe der Annahmen, bei denen Korrekturen notwendig sind.

Versorgungssicherheit

Ein wesentliches Problem stellt die Gewährleistung der Versorgungssicherheit in der langen Frist dar. Die geplanten abrufbaren Kapazitäten scheinen den zukünftigen Bedarf gegenwärtig noch nicht ausreichend abzudecken, insbesondere bei Spitzenlasten. Besonders kritisch ist der nach wie vor zu geringe Ausbau von Speicherkapazitäten. Schon jetzt ist absehbar, dass die Zielvorgaben für Speicher bis zum Jahr 2045 voraussichtlich schon vor 2030 überholt sein werden. Ein entsprechendes Nachjustieren ist daher unerlässlich, um rechtzeitig auf steigende Anforderungen an die Speicherkapazitäten reagieren zu können.

Bis 2045 sind insgesamt 66 GW konventionelle Kraftwerke vorgesehen, wobei der Großteil Gaskraftwerke sein sollen (ca. 50 GW). Mit der unterdimensionierten Planung für Speicher ergibt sich daraus, dass keine gesicherte Abdeckung des Bedarfs vorhanden ist und gleichzeitig mit den Gaskraftwerken eine besonders teure Erzeugungsart bevorzugt wird.

Leider führt die derzeitige Planung der Bundesnetzagentur dazu, dass die Energieversorgung weder zuverlässig noch bezahlbar und schon gar nicht nachhaltig ist. Sollten die Maßnahmen wie vorgesehen umgesetzt werden, besteht die Gefahr, dass sich all jene, die es können, aus dem öffentlichen Netz zurückziehen. Privathaushalte, Unternehmen, Gemeinden und sogar ganze Landkreise könnten sich für den Inselbetrieb entscheiden, sofern die Rahmenbedingungen dies erlauben. Beispiele hierfür gibt es bereits: Die Firma Harting aus Niedersachen hat sich vor etwa einem Jahr energetisch autark gemacht. Ein weiteres Beispiel ist die Gemeinde Feldheim (Brandenburg), die als Energie-Plus-Gemeinde das öffentliche Netz nur noch nutzt, um überschüssigen Strom zu verkaufen. Diese Entwicklungen belegen, dass immer mehr Akteure drohen das öffentliche Netz zu verlassen, wenn die Bundesnetzagentur keine nachhaltige Planung vorlegt. Es ist aus Sicht des Mittelstands nur legitim, wenn wirtschaftliche Überlegungen dazu führen, die Flucht aus dem öffentlichen Netz als bessere Option empfunden wird.

Wasserstoffnetz

Ein weiterer kritischer Punkt betrifft das Wasserstoffnetz. Momentan gibt es keine belastbare Datengrundlage, auf der diese Planungen basieren könnten. Der künftige Wasserstoffbedarf wird lediglich geschätzt, und nur wenige gemeldete Projekte fließen in die Überlegungen ein. Allerdings bleiben deren Details aufgrund von Geschäftsgeheimnissen unklar. Angesichts der erheblichen staatlichen Fördermittel, die in diesen Bereich fließen sollen, wäre hier eine größere Transparenz dringend geboten.

STELLUNGNAHME



Auch das Szenario der sogenannten „wasserstoffready“ Gaskraftwerke wirft Fragen auf, da der künftige Wasserstoffbedarf größtenteils an diese geknüpft wird. Zudem gibt es kein Szenario, das ohne weiteren erheblichen Erdgasbedarf auskommt.

Fazit

Sollten die derzeitigen Planungen unverändert umgesetzt werden, wird dies langfristig zu erheblichen Nachteilen für all jene führen, die nicht über eigene Immobilien und ausreichende

Flächen für eine eigenständige Energieversorgung verfügen. Dies stellt eine ernsthafte Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dar. Es ist daher dringend geboten, alternative Szenarien zu berücksichtigen, die eine stärker diversifizierte Energieversorgung mit geringerer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in den Mittelpunkt stellen.

Zusammenfassend sehen wir die aktuelle Planung im Energiesektor als eine der größten Herausforderungen für die zukünftige wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit Deutschlands an.

Der Mittelstand. BVMW e.V. ist ein freiwillig organisierter Unternehmerverband und vertritt rund 30.000 Mitglieder. Die mehr als 300 Repräsentanten des Verbandes organisieren mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.

Kontakt

Der Mittelstand. BVMW e.V.
Bereich Volkswirtschaft
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin
Telefon: + 49 30 533206-0, Telefax: +49 30 533206-50
E-Mail: volkswirtschaft@bvmw.de; Social Media: @BVMWeV